

Eine wichtige Facette des Kaiserreiches - Kriegsvorsorge mangelhaft

Manfred Backerra

3. Dezember 2014

Nachdem Deutschland 1890 den Rückversicherungsvertrag mit Rußland nicht verlängert hatte, schloß Rußland mit Frankreich 1892 eine Militärkonvention, 1894 eine Allianz zum Beistand, falls eine der Parteien von Deutschland angegriffen würde. 1904 legten England und Frankreich ihre kolonialen Differenzen bei und kamen zur Entente cordiale. England beglich 1907 seine kolonialen Probleme mit Rußland in Asien – die Triple Entente war geboren.

In den Marokko-Krisen 1905/6 und 1911 wurde Frankreich von England zulasten Deutschlands unterstützt. Spätestens da war Deutschlands potentielle Bedrohung klar.

Klar formuliert wurde sie allerdings erst am 21. Dezember 1912 dem Reichskanzler und dem preußischen Kriegsministerium vorgelegt, das de facto ministeriell für das Reich federführend war. Der (preußische) Große Generalstab schrieb in der „Denkschrift über die militärpolitische Lage und ein Programm zur Ausgestaltung unserer Rüstungen“:

„Dem bewaffneten Zusammenstoß zweier der großen Militärmächte Europas wird, bedingt durch die wechselseitigen Verträge der Ausbruch eines allgemeinen europäischen Krieges folgen. In einem solchen verfügt die Triple-Entente über die gesamten Land- und Seestreitkräfte Frankreichs ... über die englische Seemacht und das englische Expeditionskorps und über die Streitkräfte Rußlands.“ Mit Italien als Verbündetem sei nicht zu rechnen. Das Reich werde mit Österreich-Ungarn allein stehen. „Ebenso wie der Dreibund [Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien] bezeichnet sich die Triple-Entente als ein Defensivbündnis ... Aber Rußland hat den begreiflichen Wunsch, sich durch Niederwerfung Österreichs als slawische Vormacht in Europa durchzusetzen, durch Vermittlung Serbiens sich den Weg zur Adria zu öffnen. Österreich hat das defensive Interesse, dies zu verhindern. Frankreich hat den Wunsch die verlorenen Provinzen wiederzugewinnen und Revanche zu nehmen für die Niederlage von 1870. Deutschland will dagegen nur seinen Bestand wahren, England hat den Wunsch, sich mit Hilfe seiner Verbündeten von dem Alldruck der deutschen Seemacht zu befreien. Deutschland will [sich] ... auch hier nur verteidigen. Überall also offensive Ziele auf der einen, defensive Ziele auf der anderen Seite.“

Als Operationsplan gegen Frankreich wird der Schlieffenplan erwähnt mit der Notwendigkeit über das neutrale Belgien anzugreifen.

Das anschließend [für Deutschland noch zu günstig] geschilderte Kräfteverhältnis ist alarmierend: Rußland hat ein großes Übergewicht an Infanteriedivisionen und Artillerie. Obschon im Osten zunächst nur eine Defensive mit schwachen Kräften vorgesehen ist, haben im Westen die französischen, belgischen und britischen Infanterie-Kräfte, eine Überlegenheit von 22%; auch die Artillerie ist stärker. Als Mahnung: im Krieg 1870/71 kämpften die

Deutschen anfangs mit großer Überlegenheit an Infanterie und Artillerie; dennoch brauchten sie sechs Monate um Frankreich zu besiegen. ¹

Mit der Frage, warum, das nicht früher festgestellt wurde sind wir mitten einer ganz großen Schwäche des Kaiserreichs – einer politischen und militärischen Führung ohne gesamtstrategische Sicht und Führungsorganisation.

Was wurde denn nun militärisch getan?

Kaiserliche Marine²: Großbritannien hatte seine Flotte seit 1889 mit großen Schiffen massiv verstärkt. Alfred v. Tirpitz, seit 1897 Staatssekretär des Reichsmarineamtes, überzeugte den Kaiser von einer Schlachtflotte von 60% der britischen Home oder Grand Fleet, die in 20 Jahren gebaut werden sollte. Als Risikoflotte sollte sie England von einem Kampf gegen Deutschland abhalten und bündnisbereit machen, um eine Koalition Deutschlands mit kleineren Seemächten zu verhindern. Im Kriege wäre sie stark genug die deutsche Nordseeküste und den Zugang zur Ostsee zu schützen. Mit den Flottengesetzen von 1898, 1900 und 1912, wurde das Flottenbauprogramm umgesetzt. Überdies wurde eine U-Boot-Flotte geschaffen zur Bekämpfung der gegnerischen Zufuhr zur See.

Damit hatte die Marine, das zur damaligen Zeit politisch und finanziell Mögliche zur Kriegsvorsorge auf den Weg gebracht und damit zugleich ein kluges sicherheitspolitisches Ziel angepeilt.

Das **Deutsche Heer** hatte laut Verfassung eine Friedensstärke von ein Prozent der Bevölkerung. Erst 3-, ab 1905 2-jährige Grundwehrpflicht (außer Kavallerie und reitender Artillerie), danach Reserve und Landwehr bis 32, ab 188 bis 39.

Reich zog nur 52-54%, der Wehrfähigen ein, das bevölkerungsärmere Frankreich 82%.

Deshalb betrug die deutsche Friedensstärke nur 802 000 Mann, gegenüber 930 000 der Franzosen – nach der noch zu schildernden Heeresvermehrung von 1913. ³

Seit den 70er Jahren waren vier neue Gewehre jeweils mit Karabinerversion eingeführt worden, vom Einzellader und Mehrlader mit Metallpatronen Kaliber 11,5 bis zum Mehrlader Kaliber 7,9, zuletzt das Gewehr 98 und der Karabiner 98k, Hauptinfanteriewaffe noch im Zweiten Weltkrieg. Ab 1908 wurde das MG 08 eingeführt. ⁴ Die Artillerie erhielt nach 1900 neue Feldgeschütze, Kanonen, Haubitzen und Mörser vom Kaliber 7,7 cm bis 42 cm. ⁵

Die Denkschrift forderte nun aber eine erhebliche „Heeresverstärkung“:

- Auffüllen aller aktiven Verbände mit Personal, Material, Pferden
- „Mindestens“ drei neue Armeekorps
- Mehr Telegraphenbataillone, Funkkompanien, Versorgungstruppen

¹ Denkschrift in: Erich Ludendorff, Mein militärischer Werdegang, Berlin 1933

² Franz Uhle-Wettler: Alfred von Tirpitz in seiner Zeit, ARES-Verlag, Graz 2008 (überarbeitete Neuauflage); einschlägige Wikipedia-Beiträge

³ Frank-Lothar Kroll, Geburt der Moderne, Bebra Verlag 2013, S. 46

⁴ H. Rahne/W. Knoll, die materielle Rüstung der deutschen Landstreitkräfte vor den beiden Weltkriegen, in: Militärgeschichte (DDR) 3/1990, s. 254 ff.

⁵ Ebenda

- Bessere Ausstattung der Reserve- und Landwehr-Truppe mit Maschinengewehren, Artillerie, Feldküchen
- Mehr schwere Artillerie, mehr Munition
- Eine selbständige „Inspektion Lufttruppen“
- Entwicklung einer Flugabwehrartillerie.

Damit sollte das Heer nicht nur größer, sondern auch technisch moderner werden. Mitte Juni 1913 genehmigte der Reichstag zwei neue Armeekorps, 136 000 Mann, bei Kriegsbeginn natürlich erst teilweise realisiert.

So blieb das Fernmeldewesen zu schwach. Die Oberste Heeresleitung hing von einer einzigen „Kraftwagen-Funkstation“ ab! Diese war mit dem Führungsverkehr für neun Armee-Oberkommandos und vier Höhere Kavalleriekommandos völlig überfordert. Ein Kfz- oder Flugzeug-Kurierdienst war nicht vorgesehen.⁶

Eine höhere Bevorratung von Artilleriemunition ist dagegen gelungen. Daher verfügte die Artillerie mit 3000 Schuß pro Rohr über das Dreifache der russischen und bis über das Doppelte der französischen Munition⁷ (für die geringere Zahl an Rohren).

Allerdings blieb das für Deutschland schlechte Kräfteverhältnis durch die gleichzeitigen Anstrengungen der potentiellen Gegner erhalten. Es war tatsächlich zu Kriegsbeginn noch schlechter als vom Generalstab angenommen (ohne Kolonialtruppen): 3,485 Mio. Soldaten der Mittelmächte gegen 5,726 Mio. der Alliierten, d.h., 61:100.

Auch die Führungsorganisation überforderte die Oberste Heeresleitung, weil sie 9 Armeen und 4 Korps zu führen hatte. Die Russen hatten schon Armeen in Heeresgruppen zusammen gefaßt.

Es gab keine gemeinsame Planung des deutschen und k. u. k. Generalstabs, obschon sie wegen der gemeinsamen Defensive im Osten unbedingt nötig gewesen wäre.

Mithin ließ sogar die rein militärische Kriegsvorbereitung durchaus zu wünschen übrig.

Wie stand es um die **Vorsorge für die Verpflegung und für die Versorgung mit Betriebsstoffen und Rohmaterial?**⁸

Da Deutschland immer abhängiger von Getreideimporten wurde, mußte man auch an die Volksernährung im Krieg denken.

Immer wieder hatten Generalstab, (preußisches) Kriegsministerium, das Reichsamt des Inneren, sogar der Kanzler verlangt, eine ausreichende Versorgung für den Kriegsfall sicherzustellen. Doch auch nachdem mit eine Blockade und einem längeren Krieg gerechnet wurde, kam es zu keiner Lösung. Gründe: Egoismen der 25 Bundesstaaten, Ressort-

⁶ Franz Uhle-Wettler, Erich Ludendorff in seiner Zeit, ARES, Graz 2013, S. 102

⁷ Uhle-Wettler, Ludendorff, S. 77; dagegen kommen Rahne/Knoll je nach Geschützart nur auf Zahlen von rund 500 bis knapp 1300.

⁸ Hauptsächlich nach: Lothar Borchardt, Friedenswirtschaft und Kriegsvorsorge. Deutschlands wirtschaftliche Rüstungsbestrebungen vor 1914, 1968 Harald Boldt Verlag, Boppard

Egoismen, man wollte nicht in die Sphäre der Bürger eindringen (z.B. Erhebung für Statistiken, selbst das Militär zögerte), mangelnde Finanzierung, Angst vor dem Reichstag, finanzielle Forderungen zu stellen, außenpolitische Rücksichtnahme (z.B. in Sachen Ausfuhrsperrern), vor allem aber fehlender politischer Führungswille, gefördert durch viel zu wenig deutliche Darlegung der Gefahren eines Längeren Krieges durch das Militär.

Anläßlich der ersten Balkankrise im Oktober 1912 bat das Innenamt zum ersten Mal nach über drei Jahren wieder am 21. November zu einer Besprechung der Ressorts mit den alten Fragen nach in Deutschland vorhandener Nahrung und Futter, wie der Bestand zu vermehren sei, wie sich der Export verhindern lasse, wie nach der Mobilisierung noch Vorräte zugeführt werden könnten.

Die Frage der Bevorratung mit Industrie-Rohstoffen sollte erst nach dieser Klärung angegangen werden. Sicher wieder ein Vorsicherschieben.

Ergebnisse: Kartoffeln für ein Jahr, Weizen für 10 Monate, Roggen für 7, keine Erwähnung der geringeren Reserven an Futtermitteln, von deren Import 60 % der Fleisch- und Fettproduktion abhungern. Zivilerseits setzte man u.a. auf Einfuhr über Belgien, was der Schlieffenplan ausschloß, aus Gründen der Geheimhaltung aber nicht gesagt wurde.

Mit der Mobilisierung sollten Ausfuhrverbote gelten – auch für wichtige industrielle Rohstoffe. Eine Vorratshaltung lehnte die Finanzverwaltung mangels Geld ab. Alle politisch, also gesetzlich zu regelnden Dinge wurden vertagt. Die Schaffung neuer Statistiken kam wegen des früher bei der Landwirtschaftlichen Bestandsaufnahme festgestellten Widerstands der Bundesstaaten und der Bürger nicht infrage.

Die Zivilbehörden gingen immer von einem kurzen Krieg aus; das Militär hat zwar vor dieser Erwartung vereinzelt gewarnt, ihr aber aus verschiedenen Gründen nicht deutlich widersprochen. Dies macht die hinhaltende Behandlung des Problems verständlich.

Nun forderte die Militärverwaltung erneut genaue jährliche Erhebungen über die Getreidevorräte. Die Zivilbehörden blockten mit technischen und finanziellen Argumenten.

Gleichzeitig entstand im Dezember 1912 eine neue Herausforderung:

Eine russische Militärkommission kaufte in Deutschland alle erhältlichen Lastkraftwagen, Scheinwerfer und Kohlen auf. England und Frankreich kauften Getreide und Schrapnellkugeln.

Die Industrie wollte auf die Geschäfte nur verzichten, wenn der dadurch entstehende Verlust vom Staat ersetzt werde, was abgelehnt wurde. Der Kanzler lehnte ein Ausfuhrverbot ab.

Das Kriegsministerium füllte nun Magazine und neue Lager um Sollbestände zu erreichen. Immerhin wurden nun wenigstens Aus- und Durchfuhrverbote zur unverzüglichen Unterschrift des Kaisers vorbereitet.

Der Generalstab setzte eine Vorschrift über Verkehrsregelung im Mob-Fall vorzeitig in Kraft.

Im November 1912 war die Idee aufgekommen, Getreide-Lieferverträge mit US-Firmen zu schließen, um die USA für freie Seeverbindung nach Deutschland zu interessieren. Im März 1913 waren bereits Verträge abgeschlossen, auf Anforderung 100 000 t Getreide aufzukaufen und nach Deutschland zu transportieren – aber nicht direkt mit US-Firmen, sondern mit einer Firma in Rotterdam, die gute Verbindungen in die USA hatte.

Als Ende Juli 1914 die Zeit dafür kam, verhinderte der Reichskanzler aus politischen, das Schatzamt aus finanziellen Gründen den Vertrag in Kraft zu setzen. Als man es im August tat, war es zu spät. Nur 1100 t erreichten Deutschland, alles andere wurde abgefangen.

Dieses Unternehmen war von Anfang an dilettantisch: 100 000 t deckten gerade mal den Bedarf von sieben Tagen; nur ein Vielfaches an jährlicher Lieferung hätte Deutschland helfen können und wäre eventuell für die USA von solchem Interesse gewesen, daß sie den Transport gegen Englands Blockade durchgesetzt hätten; dies aber sicher nur, wenn der Gewinn ganz an die USA, nicht auch an Rotterdam gegangen wäre.

Inzwischen war allen Beteiligten klar geworden, daß die Lebensmittelversorgung der Großstädte, besonders Berlins, geregelt werden mußte. Im Winter 1912 wurden „Milchzüge“ zur Versorgung der Großstädte in den Mobilmachungsfahrplan 1913/14 eingeplant, später Züge zur Versorgung mit Kohle für Gewerbebetriebe.

Vom Chef des Eisenbahnwesens im Generalstab (Groener) angestoßen, fanden im Herbst 1913 Konferenzen mit den Handels- und Landwirtschaftsminister von Preußen und anderer Länder statt, um den zivilen und militärischen Versorgungs- und Transportbedarf zu koordinieren.

Erst im März 1913 hatte das Kriegsministerium dem Innenamt mitgeteilt, daß es höchstens 10 % der Bevölkerung der Grenzfestungen im Falle der Einschließung ernähren könne. Konferenzen brachten kein Ergebnis: Das Innenamt wollte Getreide kaufen. Das Schatzamt gab kein Geld, weil es für die Organisation die Militärverwaltung, für die Finanzierung die Bundesstaaten in der Verantwortung sah. Folglich gab es kein Ergebnis.

Der Reichskanzler entschied: Das Innenamt ist für Versorgung mit Lebens- und Futtermitteln allgemein in Deutschland zuständig, für Festungen die Bundesstaaten. Er traf aber keine Entscheidung, wer zahlen sollte. Das Schatzamt argumentierte noch im März 1914, dies sei eine Kulturaufgabe, daher Ländersache!

Auch im März 1913 hatte ein Wirtschaftswissenschaftler als Ersatz für die nicht erreichbaren staatlichen Depots vorgeschlagen, der Handel solle durch zinslose Zoll-Kredite dazu gebracht werden, Getreidelager im Ausland zollfrei ins Reich zu verlegen.

Schatzamt, Landwirtschaftsministerium und Innenamt lehnten scharf ab, erstere wegen der Einnahmeausfälle und des Schadens für die Landwirtschaft, letzteres, weil es diese Zollausschüsse hätte vor dem Reichstag vertreten müssen. Der Reichskanzler nahm dazu nicht Stellung, deshalb fiel keine Entscheidung.

Der Kriegsminister forderte im Juni 1913 ein Volksernährungsgesetz, staatliche Getreide-, Futtermittellager und zinslose Zollkredite – vergebens.

Im April 1913 hatte das Innenamt einen Gesetzentwurf zur periodischen Erfassung der Getreidevorräte durch die Staaten auf Reichskosten vorgelegt, das wegen der kriegswirtschaftlichen Bedeutung aus außenpolitischer Rücksicht im Mai 1914 ohne Aussprache im Reichstagverabschiedet und in Kraft gesetzt wurde. Zu spät. Bestandsaufnahme von Rohstoffen kam nicht zustande.

Im Juli 1914 kaufte das Innenamt, da das Schatzamt plötzlich Gelder freigab, noch 80 000 t Getreide aus Holland und Belgien.

Die für den Mobilmachungsfall vorbereiteten Entwürfe für Verordnungen und Gesetze wurden auf Anordnung des Reichsamtes des Inneren ab dem 18. Juli 1914 überprüft. Sie waren kriegswirtschaftlich kaum besser als 1870. Bis Ende des Monats wurde z.B. noch schlesisches Getreide nach Österreich und Rußland verkauft, sodaß die Einkäufer großer Städte leer ausgingen.

Erst am 31. Juli 1914 erließ der Bundesrat erste Verordnungen für den Mobilmachungsfall. Kriegswirtschaftlich wurden damit die Ausfuhr von Lebensmitteln, einiger Rohstoffe und Kriegsmaterial verboten.

Gesetze über Höchstpreise, die Aufhebung der Golddeckung, Zollfreiheit für eingeführte Nahrungs- und Futtermittel (aber nicht für industrielle Rohstoffe!), denen der Kaiser erst am 26. Juli zugestimmt hatte, wurden am 4. August nach Billigung durch den Bundesrat vom Reichstag verabschiedet – am Tage der Kriegserklärung Großbritanniens. Gleichzeitig wurde – improvisiert – der Bundesrat gesetzlich ermächtigt, notwendige kriegswirtschaftliche Maßnahmen anzuordnen, spätere Billigung durch den Reichstag vorbehalten.

Zusammenfassung: Die Kriegsvorsorge war bei Beginn des Krieges auf folgendem Stand:

Die Getreidevorräte der Armee reichten bestenfalls für 9-12 Monate Krieg.

Vorräte an Nahrungs- und Futtermitteln für den Krieg fehlten.

Besondere Vorräte an importierten Düngemitteln waren nicht vorhanden.

Es gab keine besonderen Vorräte an industriellen Rohstoffen und Kohle;

die Rohstoffvorräte reichten bei Friedensproduktion für durchschnittlich drei Monate.

Damit war Deutschland kriegswirtschaftlich in keiner Weise auch nur auf einen einjährigen Krieg hinreichend vorbereitet.

Fritz Fischer („Griff nach der Weltmacht“) behauptete dagegen: „... Und dieser Krieg ist [auf deutscher Seite] vorbereitet worden: ... auf wirtschaftlichem Gebiet durch die Vorkehrungen für die wirtschaftliche Mobilmachung ... Der Krieg war im Sommer 1914 ... wirtschaftlich wohl vorbereitet. Er mußte nur noch ausgelöst werden.“⁹

⁹ In „Die Zeit“ v. 9.1965, S. 30, zitiert nach Lothar Borchardt, Friedenswirtschaft und Kriegsvorsorge. Deutschlands wirtschaftliche Rüstungsbestrebungen vor 1914, 1968 Harald Boldt Verlag, Boppard, S. 248, Fußnote 11

Diese Behauptung ist tatsachenwidrig; sie bezeugt große Ignoranz oder Frechheit zur Stützung seiner Thesen um jeden Preis.

Abschließend muß man feststellen: Das Kaiserreich stand in allen Bereichen der Kultur und Zivilisation an der Spitze des Fortschritts im westliche Sinne. Doch leider hatten es die Führenden nicht geschafft das Reich militärisch und zivil so auf den zu befürchtenden Existenzkampf vorzubereiten, daß es eine gute Chance gehabt hätte, ihn erfolgreich zu bestehen.